



Viele auswärtige Wehren haben beim Hochwasser 2017 mit angepackt – unter anderem aus Northeim.

FOTO: HAZ-ARCHIV

# Wer zahlt die Einsätze der Feuerwehren?

Landrat hatte beim Hochwasser zugesagt, Kosten für auswärtige Einsatzkräfte zu übernehmen / Bürgermeister vermissen klare Ansagen

Von Ulrike Kohrs

**Kreis Hildesheim.** Neun Monate ist das Hochwasser her, das in Teilen des Landkreises verheerende Schäden angerichtet hatte. Und noch immer haben Bürger und Kommunen quasi täglich damit zu tun, weil noch längst nicht alle Schäden beseitigt und Rechnungen bezahlt sind. Neben den hohen Kosten für Schäden an Gebäuden und Infrastruktur müssen die Städte und Gemeinden beispielsweise eine Menge Geld für den Einsatz der Feuerwehren und anderer Rettungsdienste zahlen.

Gehofft hatten sie, diese Einsatzkosten zumindest anteilig vom Landkreis erstattet zu bekommen. Das hatte Landrat Olaf Levonen nach dem Hochwasser auch angedeutet. „Ich kann mir eine finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Landkreis vorstellen“, hatte er in einem Gespräch mit der HAZ erklärt. Später wurde er noch konkreter, versicherte: „Auch ohne offiziellen Katastrophenalarm wird der Landkreis die Kosten für den Einsatz der auswärtigen Kräfte zahlen.“ Aber was genau zahlt denn der Landkreis nun an die Städte und Gemeinden?

„Wir haben dem Kreis im Oktober vergangenen Jahres 112000 Euro für die Einsatzkosten der Rettungskräfte in Rechnung gestellt, davon sind etwa 40000 Euro für das THW, das von außerhalb zu uns gekommen ist“, sagt Thomas Kasten, Erster Stadtrat in Bad Salzdetfurth. Erhalten habe die Stadt aber bis heute kein Geld. „Und auch keine Erklärung dazu“, so Kasten.

Rund 120000 Euro Einsatzkosten muss die Stadt Sarstedt wuppen. Das meiste davon für den Einsatz der eigenen Wehr. Von außerhalb sei ebenfalls das THW gekommen, um zu helfen. „Die Summe müssen wir als außerplanmäßige Kosten verbuchen“, erklärt Bürgermeisterin Heike Brennecke. Einen Antrag an den Landkreis hat sie nicht gestellt. „Weil ich wusste, dass dem nicht stattgegeben wird“, sagt die Verwaltungschefin. „Das ist die bittere Konsequenz, weil kein Katastrophenalarm ausgelöst wurde“, bedauert sie. So müsse der Landkreis nicht zwingend zahlen, „das wäre

eine freiwillige Leistung“, erklärt Brennecke weiter. So sieht es auch ihr Amtskollege Rainer Block aus Bockenem und hat deshalb ebenfalls keine Rechnungen nach Hildesheim geschickt. „Zu seinem Wort muss man aber stehen“, ergänzt er und erinnert an Levonens Worte.

Alfelds Bürgermeister Bernd Beushausen spricht von 618000 Euro, die die Stadt für Einsätze der Rettungsdienste zahlen muss. Der Löwenanteil geht an die eigenen Wehren. „Wir Kommunen im Kreis hatten uns verständigt, uns gegenseitig keine Rechnungen zu schreiben, wenn die eigenen Wehren innerhalb des Landkreises aushelfen“, erinnert er.

Andreas Lücke, Bürgermeister in Giesen, beziffert seine Einsatzkosten auf rund 195000 Euro, etwa 40000 Euro davon musste er an auswärtige Wehren zahlen. Diese Summe habe er dem Landkreis in Rechnung gestellt. „Eine Antwort habe ich aber noch nicht“, sagt er.

Der Landrat will sich nicht äußern, verweist stattdessen an den Umweltdezernenten Helfried Basse. Der sagt: „Es hat klare Ansagen gegeben.“ Am 21. Dezember habe er an alle Hauptverwaltungsbeam-

ten geschrieben und klargestellt, dass der Landkreis nur für die Einsatzkosten auswärtiger Wehren aufkomme, die auch vom Landkreis angefordert wurden. Eine solche Ansage habe den Krisenstab in Bad Salzdetfurth beispielsweise nie erreicht. „Und rückwirkend ist es kaum zu klären, wer die Hilfe angefordert hat“, entgegnet Kasten.

Zum Thema Katastrophenalarm bleibt Basse dabei, dass es dafür keine Grundlage gegeben habe. „Der muss schließlich für die ganze Region ausgerufen werden“, erinnert er. Und selbst wenn es den Alarm gegeben hätte: „Der Kreis würde nur die Maßnahmen bezahlen, die auch wirklich notwendig wären“, so Basse.

Zwei Anträge auf Bezuschussung der Einsatzkosten liegen dem Landkreis derzeit vor. Kasten bemängelt, dass es seitens der Kreisverwaltung keine klaren Vorgaben gibt, wie die Kommunen generell in Sachen Einsatzkosten verfahren sollen – vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass der Landrat diese finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt hatte. „Warum wird das jetzt nicht pauschaliert und der Landkreis übernimmt 75 Prozent?“, schlägt er vor.

”

Das ist die bittere Konsequenz, weil kein Katastrophenalarm ausgelöst wurde.

**Heike Brennecke**  
Bürgermeisterin der Stadt Sarstedt

## KOMMENTAR

### Lokale Katastrophe



Von Ulrike Kohrs

Das Hochwasser hat die Kommunen im vergangenen Sommer schwer getroffen. Und ob der Katastrophenalarm nun offiziell ausgerufen wurde oder nicht: Für die Städte, Gemeinden und ihre Bürger ist es eine Katastrophe gewesen, deren Beseitigung alle Beteiligten teuer zu

stehen kommt. Umso mehr haben sich die Kommunen an die Worte von Landrat Levonen geklammert, der unmittelbar nach den verheerenden Fluten finanzielle Hilfe versprochen hat. Dass die nun aber an Bedingungen geknüpft ist, die offenbar im Vorfeld nicht klar definiert waren, ist nur schwer nachzuvollziehen. Ja, auch dem Landkreis sind beim Hochwasser große Schäden entstanden, die bezahlt werden müssen. Wort halten, muss man aber trotzdem – oder zumindest nach einem Kompromiss für alle suchen. Nun ist es sicherlich an der Zeit, dass sich die Politik in dieser Sache einmischt.